Herausgeber:

Der Landrat des Kreises Coesfeld

Erscheinungsweise:

In der Regel am 15. und 30. jeden Monats und bei Bedarf

Abonnementpreis:

45,00 EUR jährlich - Einzelstück 1,50 EUR inkl. Porto

Anforderungen sind zu richten an:

Kreis Coesfeld - Der Landrat - Büro des Landrats

48651 Coesfeld, Tel. 02541-189150, Fax 02541-189199

E-Mail: amtsblatt@kreis-coesfeld.de

**Amtliches Bekanntmachungsblatt
des Kreises Coesfeld
und der Stadt Dülmen**

Ausgabe: 03/2025

Datum: 30.01.2025

Inhalt dieser Ausgabe:

Nr.			Seite
16	Kreis Coesfeld	Bekanntmachung des Kreiswahlleiters des Wahlkreises 126 „Coesfeld – Steinfurt II“ der zugelassenen Kreiswahlvorschläge für die Wahl zum 21. Deutschen Bundestag am 23. Februar 2025 vom 30.01.2025	12
17	Kreis Coesfeld	Bekanntmachungen nach § 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) - Windenergie Nierfeld, Havixbeck -	12
18	Kreis Coesfeld	Bekanntmachung gemäß § 21a der 9. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (9. BImSchV) in Verbindung mit § 10 Abs. 8 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) - Änderungsgenehmigung zur Errichtung und zum Betrieb von einer Anlage zur Nutzung von Windenergie, Windenergie Daldrup GmbH & Co. KG, am Standort Dülmen-Kirchspiel	13
19	Kreis Coesfeld	Bekanntmachungen nach § 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) - BergerWind, Nordkirchen -	13
20	Kreis Coesfeld	Bekanntmachungen nach § 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) - Windenergie Midlich, Rosendahl -	14
21	Kreis Coesfeld	Bekanntmachungen nach § 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) - UKA, Nordkirchen -	14
22	Kreis Coesfeld	Bekanntmachungen nach § 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) - Bürgerwindpark Steinfurter Aa, Billerbeck -	14
23	Kreis Coesfeld	Bekanntmachungen nach § 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) - SL Windenergie, Nottuln-Darup -	15
24	Kreis Coesfeld	Bekanntmachungen nach § 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) - Stadtwerke Münster, Nottuln-Stockum -	15
25	Kreis Coesfeld	Benachrichtigung des Kreises Coesfeld über die Anordnung einer öffentlichen Zustellung gem. § 10 LZG NRW an Herrn Nabil Toulagui	16
26	Stadt Dülmen	Wahlbekanntmachung der Stadt Dülmen zur Wahl zum 21. Deutschen Bundestag am 23. Februar 2025	16

Inhalt dieser Ausgabe:

Nr.		Seite
27	Sparkasse Westmünsterland	Aufgebot und Kraftloserklärungen von Sparkunden der Sparkasse Westmünsterland 17

16/25 – Kreis Coesfeld

Bekanntmachung des Kreiswahlleiters des Wahlkreises 126 „Coesfeld – Steinfurt II“ der zugelassenen Kreiswahlvorschläge für die Wahl zum 21. Deutschen Bundestag am 23. Februar 2025 vom 30.01.2025

Auf Grund des § 26 Absatz 3 Satz 2 des Bundeswahlgesetzes (BWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Juli 1993 (BGBl. I S. 1288, 1594), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 7. März 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 91) in Verbindung mit § 38 der Bundeswahlordnung (BWO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. April 2002 (BGBl. I S. 1376) geändert worden ist, diese wiederum zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 12. September 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 283), gebe ich die vom Kreiswahlausschuss in der Sitzung am 24.01.2025 für die Wahl des 21. Deutschen Bundestages im Wahlkreis 126 „Coesfeld – Steinfurt II“ zugelassenen Kreiswahlvorschläge bekannt.

Zugelassene Kreiswahlvorschläge

Die Reihenfolge und Nummerierung der Kreiswahlvorschläge ergibt sich aus § 30 Absatz 3 BWG. Die Bewerberinnen und Bewerber in den Kreiswahlvorschlägen sind nachstehend in der in § 36 Absatz 4 in Verbindung mit § 34 Absatz 1 Satz 2 BWO vorgeschriebenen Form aufgeführt.

Nr.	Kreiswahlvorschlag - Bewerber/-in
1	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) Waldmann, Johannes Hauptschullehrer Geboren: 1988, Münster 59387 Ascheberg
2	Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) Henrichmann, Marc Rechtsanwalt/ MdB Geboren: 1976, Münster 48165 Münster
3	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE) Hüwe, Hanna Programmiererin Geboren: 1991, Rendsburg 48727 Billerbeck
4	Freie Demokratische Partei (FDP) Loest, Sebastian Dietmar Industriekaufmann Geboren: 1985, Dorsten 48249 Dülmen
5	Alternative für Deutschland (AfD) Schwar, Erwin August Rentner Geboren: 1958, Münster 48161 Münster

Nr.	Kreiswahlvorschlag - Bewerber/-in
6	Die Linke (Die Linke) Crämer-Gembalczyk, Sonja Heilerziehungspflegerin Geboren: 1961, Coesfeld 48720 Rosendahl
7	---
8	---
9	---
10	---
11	---
12	Volt Deutschland (Volt) Diel, Diana Nicole Projektkoordinatorin (DaF) Geboren: 1971, Essen 48301 Nottuln

Coesfeld, den 30.01.2025

Der Kreiswahlleiter
für den Wahlkreis 126 Coesfeld – Steinfurt II
gez. Dr. Linus Tepe

17/25 – Kreis Coesfeld

**Bekanntmachungen nach § 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)
- Windenergie Nierfeld, Havixbeck -**

Die Windenergie Nierfeld GbR, Poppenbeck 10, 48329 Havixbeck, hat mit Datum vom 12.09.2024 einen Vorbescheid nach § 9 Abs. 1a BImSchG für vier Windenergieanlagen auf den Grundstücken in 48329 Havixbeck (Nierfeld/Poppenbeck), Gemarkung Havixbeck, Flur 35, Flurstücke 6 und 14 sowie Flur 6, Flurstücke 35 und 79, beantragt.

Gegenstand des Vorbescheides ist die Privilegierung der Anlagen nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB, die planungsrechtliche Zulässigkeit in Bezug auf die Vereinbarkeit mit dem Sachlichen Teilplan Energie des Regionalplans Münsterland und den Darstellungen des Flächennutzungsplans der Gemeinde Havixbeck, sowie die Zulässigkeit in Bezug auf die Lage im Landschaftsschutzgebiet.

Gemäß der 4. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen – 4. BImSchV) und den Bestimmungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) bedarf das beantragte Vorhaben einer Genehmigung nach diesen Vorschriften.

Für das Vorhaben wurde ein Vorprüfungsverfahren nach § 7 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) zur Feststellung des Erfordernisses einer Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt.

Die standortbezogene Vorprüfung ergab, dass keine besonderen örtlichen Gegebenheiten in Bezug auf die Schutzkriterien der Anlage 3 Nr. 2.3 des UVPG vorliegen, die eine Umweltverträglichkeitsprüfung erfordern würden. Dies gilt aufgrund der temporären Freistellung des § 26 Abs. 3 BNatSchG auch in Bezug auf die Lage im Landschaftsschutzgebiet.

Demnach sind keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen des beantragten Vorhabens gegeben. Somit ist die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung als unselbständiger Teil des Vorbescheidverfahrens nicht erforderlich.

Diese Feststellung ist nicht selbständig anfechtbar.

Coesfeld, 27.01.2025

Kreis Coesfeld
Der Landrat
Az.: 70.1-2024-0712
Im Auftrag
gez. Frank Geburek

18/25 – Kreis Coesfeld

Bekanntmachung gemäß § 21a der 9. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (9. BImSchV) in Verbindung mit § 10 Abs. 8 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG)
- Änderungsgenehmigung zur Errichtung und zum Betrieb von einer Anlage zur Nutzung von Windenergie, Windenergie Daldrup GmbH & Co. KG, am Standort Dülmen-Kirchspiel

Der Landrat des Kreises Coesfeld, Friedrich-Ebert-Str. 7, 48653 Coesfeld, hat der Windenergie Daldrup GmbH & Co. KG, Am Lohrkamp 3, 48249 Dülmen, mit Datum vom 27.01.2025 eine Änderungsgenehmigung mit folgendem verfügbaren Teil erteilt:

„Hiermit wird Ihnen auf Ihren Antrag vom 06.09.2024, hier eingegangen am 11.09.2024 die Genehmigung zur Änderung der durch den Genehmigungsbescheid des Kreises Coesfeld vom 28.06.2024 (Az. 70.1-2023/0796-0019510) genehmigten Windenergieanlage WEA 4 des Typs Enercon E-138 EP3 E3 auf den Typ Enercon E-175 EP5 sowie eine damit verbundene Standortverschiebung für die WEA 4 am Standort 48249 Dülmen erteilt. Die Maßnahme darf auf den Grundstücken in 48249 Dülmen, Kreis Coesfeld, Gemarkung Dülmen-Kirchspiel, Flur 81/ Flurstück 14 (WEA 4), durchgeführt werden.“

Eingeschlossene Entscheidungen:

- Baugenehmigung gemäß Landesbauordnung Nordrhein-Westfalen.

Der Genehmigungsbescheid ist unter Nebenbestimmungen zum Immissionsschutz, sowie zum Landschafts-, Natur- und Artenschutz ergangen.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen in Münster erhoben werden. Der Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung des Rechtsbehelfs gegen diesen Bescheid nach § 80 Absatz 5 Satz 1 der Verwaltungsgerichtsordnung kann nur innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Bescheids gestellt und begründet werden.

Es wird hiermit bekannt gegeben, dass eine Ausfertigung des Genehmigungsbescheides einschließlich der Begründung in der Zeit vom 31.01.2025 bis einschließlich 13.02.2025 unter der Adresse

<https://www.kreis-coesfeld.de/themen-projekte/umwelt-natur/bekanntmachungen.html> eingesehen werden kann.

Mit dem Ende der Auslegungsfrist gilt der Bescheid auch gegenüber Dritten als zugestellt.

Coesfeld, den 30.01.2025

Kreis Coesfeld
Der Landrat
70.1-2024/0715-0019510
Im Auftrag
gez. Frank Geburek

19/25 – Kreis Coesfeld

Bekanntmachungen nach § 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)
- BergerWind, Nordkirchen -

Die BergerWind GbR, Berger 42, 59349 Nordkirchen, hat mit Datum vom 14.07.2024 einen Vorbescheid nach § 9 Abs. 1a BImSchG für drei Windenergieanlagen auf den Grundstücken in 59349 Nordkirchen, Gemarkung Nordkirchen, Flur 16, Flurstück 91 (WEA 1), Flur 15, Flurstück 11 (WEA 2) sowie Flur 15, Flurstück 322 (WEA 3), beantragt.

Gegenstand des Vorbescheides ist die Privilegierung der Anlagen nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB sowie die planungsrechtliche Zulässigkeit in Bezug auf die Vereinbarkeit mit den Darstellungen des Flächennutzungsplans der Gemeinde Nordkirchen.

Gemäß der 4. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen – 4. BImSchV) und den Bestimmungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) bedarf das beantragte Vorhaben einer Genehmigung nach diesen Vorschriften.

Für das Vorhaben wurde ein Vorprüfungsverfahren nach § 7 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) zur Feststellung des Erfordernisses einer Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt.

Die standortbezogene Vorprüfung ergab, dass keine besonderen örtlichen Gegebenheiten in Bezug auf die Schutzkriterien der Anlage 3 Nr. 2.3 des UVPG vorliegen, die eine Umweltverträglichkeitsprüfung erfordern würden.

Demnach sind keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen des beantragten Vorhabens gegeben. Somit ist die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung als unselbständiger Teil des Vorbescheidverfahrens nicht erforderlich.

Diese Feststellung ist nicht selbständig anfechtbar.

Coesfeld, den 28.01.2025

Kreis Coesfeld
Der Landrat
Az.: 70.1-2024-0518
Im Auftrag
gez. Frank Geburek

20/25 – Kreis Coesfeld**Bekanntmachungen nach § 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)
- Windenergie Midlich, Rosendahl -**

Die Windenergie Midlich GmbH & Co. KG, Höven 35, 48720 Rosendahl, hat mit Datum vom 02.10.2024 einen Vorbescheid nach § 9 Abs. 1a BImSchG für zwei Windenergieanlagen auf den Grundstücken in 48720 Rosendahl-Osterwick, Gemarkung Osterwick, Flur 26, Flurstücke 17 und Flur 27, Flurstück 11, beantragt.

Gegenstand des Vorbescheides ist die Privilegierung der Anlagen nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB, die planungsrechtliche Zulässigkeit in Bezug auf die Vereinbarkeit mit dem Sachlichen Teilplan Energie des Regionalplans Münsterland und den Darstellungen des Flächennutzungsplans der Gemeinde Havixbeck, sowie die Zulässigkeit in Bezug auf landschaftsrechtliche Gesichtspunkte gemäß § 26 Abs. 3 BNatSchG.

Gemäß der 4. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen – 4. BImSchV) und den Bestimmungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) bedarf das beantragte Vorhaben einer Genehmigung nach diesen Vorschriften.

Für das Vorhaben wurde ein Vorprüfungsverfahren nach § 7 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) zur Feststellung des Erfordernisses einer Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt.

Die standortbezogene Vorprüfung ergab, dass keine besonderen örtlichen Gegebenheiten in Bezug auf die Schutzkriterien der Anlage 3 Nr. 2.3 des UVPG vorliegen, die eine Umweltverträglichkeitsprüfung erfordern würden.

Demnach sind keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen des beantragten Vorhabens gegeben. Somit ist die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung als unselbständiger Teil des Vorbescheidverfahrens nicht erforderlich.

Diese Feststellung ist nicht selbständig anfechtbar.

Coesfeld, 29.01.2025

Kreis Coesfeld
Der Landrat
Az.: 70.1-2024-0703
Im Auftrag
gez. Frank Geburek

21/25 – Kreis Coesfeld**Bekanntmachungen nach § 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)
- UKA, Nordkirchen -**

Die UKA Umweltgerechte Kraftanlagen GmbH & Co. KG, Dr.-Eberle-Platz 1, 01662 Meißen, hat mit Datum vom 02.09.2024 einen Vorbescheid nach § 9 Abs. 1a BImSchG für vier Windenergieanlagen auf den Grundstücken in 59394 Nordkirchen, Gemarkung Nordkirchen, Flur 31, Flurstück 17 (WEA 1 und WEA 2), Flur 31, Flurstück 12 (WEA 3) sowie Flur 30, Flurstück 28 (WEA 4), beantragt.

Gegenstand des Vorbescheides ist die bauplanungs- und raumordnungsrechtliche Zulässigkeit in Bezug auf die Vereinbarkeit mit dem Sachlichen Teilplan Energie des Regionalplans Münsterland und den Darstellungen des Flächennutzungsplans der Gemeinde Nordkirchen sowie die Zulässigkeit im Hinblick auf die Belange der militärischen und zivilen Luftfahrt.

Gemäß der 4. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen – 4. BImSchV) und den Bestimmungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) bedarf das beantragte Vorhaben einer Genehmigung nach diesen Vorschriften.

Für das Vorhaben wurde ein Vorprüfungsverfahren nach § 7 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) zur Feststellung des Erfordernisses einer Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt.

Die standortbezogene Vorprüfung ergab, dass keine besonderen örtlichen Gegebenheiten in Bezug auf die Schutzkriterien der Anlage 3 Nr. 2.3 des UVPG vorliegen, die eine Umweltverträglichkeitsprüfung erfordern würden. Dies gilt aufgrund der temporären Freistellung des § 26 Abs. 3 BNatSchG auch in Bezug auf die Lage im Landschaftsschutzgebiet.

Demnach sind keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen des beantragten Vorhabens gegeben. Somit ist die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung als unselbständiger Teil des Vorbescheidverfahrens nicht erforderlich.

Diese Feststellung ist nicht selbständig anfechtbar.

Coesfeld, 28.01.2025

Kreis Coesfeld
Der Landrat
Az.: 70.1-2024-0627
Im Auftrag
gez. Frank Geburek

22/25 – Kreis Coesfeld**Bekanntmachungen nach § 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)
- Bürgerwindpark Steinfurter Aa, Billerbeck -**

Die Bürgerwindpark Steinfurter Aa Entwicklungs GbR, Hahnenkamp 13 a, 48727 Billerbeck, hat mit Datum vom 15.01.2024 einen Vorbescheid nach § 9 BImSchG für ein Repoweringvorhaben nach § 16b BImSchG von zwei Anlagen auf den Grundstücken in 48727 Billerbeck, Gemarkung Beerlage, Flur 12, Flurstück 140 (WEA T1) und Flur 11, Flurstück 71 (WEA T2), beantragt.

Gegenstand des Vorbescheides ist die Privilegierung der Anlagen nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB, die planungsrechtliche Zulässigkeit in Bezug auf die Vereinbarkeit mit dem Sachlichen Teilplan Energie des Regionalplans Münsterland und den Darstellungen des Flächennutzungsplans der Stadt Billerbeck, die Zulässigkeit in Bezug auf die Lage im Landschaftsschutzgebiet sowie hinsichtlich einer optisch bedrängenden Wirkung gemäß § 249 Abs. 10 BauGB.

Gemäß der 4. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen – 4. BImSchV) und den Bestimmungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) bedarf das beantragte Vorhaben einer Genehmigung nach diesen Vorschriften.

gungsbedürftige Anlagen – 4. BImSchV) und den Bestimmungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) bedarf das beantragte Vorhaben einer Genehmigung nach diesen Vorschriften.

Für das Vorhaben wurde ein Vorprüfungsverfahren nach § 7 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) zur Feststellung des Erfordernisses einer Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt.

Die standortbezogene Vorprüfung ergab, dass keine besonderen örtlichen Gegebenheiten in Bezug auf die Schutzkriterien der Anlage 3 Nr. 2.3 des UVPG vorliegen, die eine Umweltverträglichkeitsprüfung erfordern würden. Dies gilt aufgrund der temporären Freistellung des § 26 Abs. 3 BNatSchG auch in Bezug auf die Lage im Landschaftsschutzgebiet.

Demnach sind keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen des beantragten Vorhabens gegeben. Somit ist die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung als unselbständiger Teil des Vorbescheidverfahrens nicht erforderlich.

Diese Feststellung ist nicht selbständig anfechtbar.

Coesfeld, 29.01.2025

Kreis Coesfeld
Der Landrat
Az.: 70.1-2024/0067
Im Auftrag
gez. Frank Geburek

23/25 – Kreis Coesfeld

Bekanntmachungen nach § 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) - SL Windenergie - Nottuln-Darup -

Die SL Windenergie GmbH, Voßbrinkstraße 67, 45966 Gladbeck hat mit Datum vom 20.09.2024 einen Vorbescheid nach § 9 Abs. 1a BImSchG für eine Windenergieanlage auf dem Grundstück in 48301 Nottuln, Gemarkung Darup, Flur 20, Flurstück 47, beantragt.

Gegenstand des Vorbescheides ist die Privilegierung der Anlagen nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB, die planungsrechtliche Zulässigkeit in Bezug auf die Vereinbarkeit mit dem Sachlichen Teilplan Energie des Regionalplans Münsterland und der Bauleitplanung der Gemeinde Nottuln sowie die Zulässigkeit in Bezug auf die Lage im Landschaftsschutzgebiet.

Gemäß der 4. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen – 4. BImSchV) und den Bestimmungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) bedarf das beantragte Vorhaben einer Genehmigung nach diesen Vorschriften.

Für das Vorhaben wurde ein Vorprüfungsverfahren nach § 7 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) zur Feststellung des Erfordernisses einer Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt.

Die standortbezogene Vorprüfung ergab, dass keine besonderen örtlichen Gegebenheiten in Bezug auf die Schutzkriterien der Anlage 3 Nr. 2.3 des UVPG vorliegen, die eine Umweltverträglichkeitsprüfung erfordern würden. Dies

gilt aufgrund der temporären Freistellung des § 26 Abs. 3 BNatSchG auch in Bezug auf die Lage im Landschaftsschutzgebiet.

Demnach sind keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen des beantragten Vorhabens gegeben. Somit ist die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung als unselbständiger Teil des Vorbescheidverfahrens nicht erforderlich.

Diese Feststellung ist nicht selbständig anfechtbar.

Coesfeld, 29.01.2025

Kreis Coesfeld
Der Landrat
Az.: 70.1-2024-0723
Im Auftrag
gez. Frank Geburek

24/25 – Kreis Coesfeld

Bekanntmachungen nach § 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) - Stadtwerke Münster, Nottuln-Stockum -

Die Stadtwerke Münster GmbH, Hafenplatz 1, 48155 Münster hat mit Schreiben vom 13.11.2024, eingegangen beim Kreis Coesfeld am 14.11.2024, einen Vorbescheid nach § 9 Abs. 1a BImSchG für acht Windenergieanlagen auf den Grundstücken in 48301 Nottuln, Gemarkung Nottuln, Flur 70 / Flurstück 8 (WEA 1), Flur 70 / Flurstück 41 (WEA 2), Flur 68 / Flurstück 1+2 (WEA 4), Flur 67 / Flurstück 71 (WEA 5), Flur 67 / Flurstück 71 (WEA 8), Gemarkung Limbergen, Flur 6 / Flurstück 163 (WEA 3), Flur 8 / Flurstück 173 (WEA 7) und Gemarkung Darup, Flur 10 / Flurstück 325 (WEA 6) beantragt.

Gegenstand des Vorbescheides ist die Privilegierung der Anlagen nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB, die planungsrechtliche Zulässigkeit in Bezug auf die Vereinbarkeit mit dem Sachlichen Teilplan Energie des Regionalplans Münsterland und der Bauleitplanung der Gemeinde Nottuln sowie die Zulässigkeit in Bezug auf die Lage im Landschaftsschutzgebiet.

Gemäß der 4. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen – 4. BImSchV) und den Bestimmungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) bedarf das beantragte Vorhaben einer Genehmigung nach diesen Vorschriften.

Für das Vorhaben wurde ein Vorprüfungsverfahren nach § 7 Abs. 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) zur Feststellung des Erfordernisses einer Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt.

Die allgemeine Vorprüfung ergab, dass keine besonderen örtlichen Gegebenheiten in Bezug auf die Schutzkriterien der Anlage 3 Nr. 2.3 des UVPG vorliegen, die eine Umweltverträglichkeitsprüfung erfordern würden. Dies gilt aufgrund der temporären Freistellung des § 26 Abs. 3 BNatSchG auch in Bezug auf die Lage im Landschaftsschutzgebiet.

Demnach sind keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen des beantragten Vorhabens gegeben. Somit ist die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung als unselbständiger Teil des Vorbescheidverfahrens nicht erforderlich.

Diese Feststellung ist nicht selbständig anfechtbar.

Coesfeld, 29.01.2025

Kreis Coesfeld
Der Landrat
Az.: 70.1-2024-0815
Im Auftrag
gez. Frank Geburek

25/25 – Kreis Coesfeld

Benachrichtigung des Kreises Coesfeld über die Anordnung einer öffentlichen Zustellung gem. § 10 LZG NRW an Herrn Nabil Toulagui

Ein Dokument des Kreises Coesfeld vom 27.01.2025, Aktenzeichen 35\37526, ist zuzustellen an Herrn Nabil Toulagui, zuletzt wohnhaft in Zentrale Unterbringungseinrichtung Schöppingen, Berliner Straße 30, 48624 Schöppingen. Das Dokument konnte bisher nicht zugestellt werden, weil der Aufenthalt des Empfängers unbekannt ist.

Mit Anordnung vom 27.01.2025 wurde die öffentliche Zustellung durch eine Bekanntmachung angeordnet. Das Dokument kann eingesehen und vom Empfänger in Empfang genommen werden auf meiner Dienststelle in

48653 Coesfeld
Leisweg 12
Abteilung 35-Zentrale Ausländerbehörde
Frau Döll

Rechtsgrundlage für diese öffentliche Zustellung ist § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeszustellungsgesetz - LZG NRW) vom 07.03.2006 (GV NW S.94) in der zurzeit geltenden Fassung. Durch diese öffentliche Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen. Sofern das Dokument eine Ladung zu einem Termin enthält, kann dessen Versäumung Rechtsnachteile zur Folge haben.

Coesfeld, den 27.01.2025

Kreis Coesfeld
Der Landrat
Abteilung 35-Zentrale Ausländerbehörde
Im Auftrag
gez. Döll

26/25 – Stadt Dülmen

Wahlbekanntmachung der Stadt Dülmen zur Wahl zum 21. Deutschen Bundestag am 23. Februar 2025

Wahlbekanntmachung

1. Am 23. Februar 2025 findet die

Wahl zum 21. Deutschen Bundestag

statt.

Die Wahl dauert von 08:00 bis 18:00 Uhr.

2. Die Stadt Dülmen ist in folgende 22 Wahlbezirke eingeteilt:

Nr.	Wahlbezirk	Wahlraum in 48249 Dülmen
1	Kernstadt	Hermann-Leeser-Schule Charleville-Mézières-Platz 2
2	Butterkamp/ Stockhover	Hermann-Leeser-Schule Charleville-Mézières-Platz 2
3	Wedeler/ Alter Ostdamm	Augustinus-Schule A.-K.-Emmerick-Str. 29
4	Elsa-Brändström- Straße/ Bahnhofsgebiet	Pestalozzischule An der Kreuzkirche 5
5	Weidenstraße/ Blumensiedlung	Grundschule Dernekamp Fröbelstr. 2
6	Mühlenweg/ Lüdinghauser Straße südlich	Pestalozzischule An der Kreuzkirche 5
7	Südring/Brokweg	Pestalozzischule An der Kreuzkirche 5
8	Overbergstraße/ Merfelder Straße	Paul-Gerhardt-Schule Pestalozzistr. 6
9	Grenzweg/Stolberg- straße	Kardinal-von-Galen-Schule Haverlandhöhe 10
10	Josef-Heiming- Straße/Danziger Straße	Kardinal-von-Galen-Schule Haverlandhöhe 10
11	Billerbecker Straße/ Am Luchtkamp	Anna-Katharina-Emmerick- Schule Leuster Weg 60
12	Im Lerchenfeld/ Ostfeldmark	Anna-Katharina-Emmerick- Schule Leuster Weg 60
13	Spiekerhof	Augustinus-Schule A.-K.-Emmerick-Str. 29
14	Dernekamp/Mitwick/ Bergflagge	Grundschule Dernekamp Fröbelstr. 2
15	Börnste/Leuste/ Welte/Weddern teilw.	Anna-Katharina-Emmerick- Schule Leuster Weg 60
16	Hausdülmen	St. Mauritius-Schule Haus- dülmen Mauritiusstr. 5
17	Merfeld	Kardinal-von-Galen-Schule Merfeld von-Galen-Str. 1
18	Rorup	Anna-Katharina-Emmerick- Schule Rorup Schulstr. 23
19	Buldern-Limbergen/ Lütke Feld	Ludgerus-Schule Buldern Wemhoff 6
20	Buldern-Ortsmitte	Ludgerus-Schule Buldern Wemhoff 6
21	Buldern-Raiffeisen- ring/Hangenau/ Dorfbauerschaft	Ludgerus-Schule Buldern Wemhoff 6
22	Hiddingsel/Feld- mark/Daldrup	St.-Georg-Schule Hiddingsel Flötebachweg 4

In den Wahlbenachrichtigungen, die den Wahlberechtigten bis zum 02. Februar 2025 übersandt werden, sind der Wahlbezirk und der Wahlraum angegeben, in dem der Wahlberechtigte zu wählen hat.

Die Briefwahlvorstände treten zur Ermittlung des Briefwahlergebnisses um 16:00 Uhr im Annette-von-Droste-Hülshoff Gymnasium, Friedrich-Ruin-Str. 35, zusammen.

3. Jeder Wahlberechtigte kann nur in dem Wahlraum des Wahlbezirks wählen, in dessen Wählerverzeichnis er eingetragen ist.

Die Wähler haben die Wahlbenachrichtigung und ihren Personalausweis oder Reisepass zur Wahl mitzubringen.

Die Wahlbenachrichtigung soll bei der Wahl abgegeben werden.

Gewählt wird mit amtlichen Stimmzetteln. Jeder Wähler erhält bei Betreten des Wahlraumes einen Stimmzettel ausgehändigt.

Jeder Wähler hat eine Erststimme und eine Zweitstimme.

Der Stimmzettel enthält jeweils unter fortlaufender Nummer

- a) für die Wahl im Wahlkreis in schwarzem Druck die Namen der Bewerber der zugelassenen Kreiswahlvorschläge unter Angabe der Partei, sofern sie eine Kurzbezeichnung verwendet, auch dieser, bei anderen Kreiswahlvorschlägen außerdem des Kennworts und rechts von dem Namen jedes Bewerbers einen Kreis für die Kennzeichnung.
- b) für die Wahl nach Landeslisten in blauem Druck die Bezeichnung der Parteien, sofern sie eine Kurzbezeichnung verwenden, auch dieser, und jeweils die Namen der ersten fünf Bewerber der zugelassenen Landeslisten und links von der Parteibezeichnung einen Kreis für die Kennzeichnung.

Der Wähler gibt

seine Erststimme in der Weise ab,
dass er auf dem linken Teil des Stimmzettels (Schwarzdruck) durch ein in einen Kreis gesetztes Kreuz oder auf andere Weise eindeutig kenntlich macht, welchem Bewerber sie gelten soll,

und seine Zweitstimme in der Weise,
dass er auf dem rechten Teil des Stimmzettels (Blau-
druck) durch ein in einen Kreis gesetztes Kreuz oder auf andere Weise eindeutig kenntlich macht, welcher Landesliste sie gelten soll.

Der Stimmzettel muss vom Wähler in einer Wahlkabine des Wahlraumes oder in einem besonderen Nebenraum gekennzeichnet und in der Weise gefaltet werden, dass seine Stimmabgabe nicht erkennbar ist. In der Wahlkabine darf nicht fotografiert oder gefilmt werden.

4. Die Wahlhandlung sowie die im Anschluss an die Wahlhandlung erfolgende Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses im Wahlbezirk sind öffentlich. Jedermann hat Zutritt, soweit das ohne Beeinträchtigung des Wahlgeschäfts möglich ist.
5. Wähler, die einen Wahlschein haben, können an der Wahl im Wahlkreis, in dem der Wahlschein ausgestellt ist,

- a) durch Stimmabgabe in einem beliebigen Wahlbezirk dieses Wahlkreises oder
- b) durch Briefwahl

teilnehmen.

Wer durch Briefwahl wählen will, muss sich von der Gemeindebehörde einen amtlichen Stimmzettel, einen amtlichen Stimmzettelumschlag sowie einen amtlichen Wahlbriefumschlag beschaffen und seinen Wahlbrief mit dem Stimmzettel (im verschlossenen Wahlumschlag) und dem unterschriebenen Wahlschein so rechtzeitig der auf dem Wahlbriefumschlag angegebenen Stelle zuleiten, dass er dort spätestens am Wahltag bis 18:00 Uhr eingeht. Der Wahlbrief kann auch bei der angegebenen Stelle abgegeben werden.

6. Jeder Wahlberechtigte kann sein Wahlrecht nur einmal und persönlich ausüben. Eine Ausübung des Wahlrechts durch einen Vertreter anstelle des Wahlberechtigten ist unzulässig (§ 14 Absatz 4 des Bundeswahlgesetzes).

Ein Wahlberechtigter, der des Lesens unkundig oder wegen einer Behinderung an der Abgabe seiner Stimme gehindert ist, kann sich hierzu der Hilfe einer anderen Person bedienen. Die Hilfeleistung ist auf technische Hilfe bei der Kundgabe einer vom Wahlberechtigten selbst getroffenen und geäußerten Wahlentscheidung beschränkt. Unzulässig ist eine Hilfeleistung, die unter missbräuchlicher Einflussnahme erfolgt, die selbstbestimmte Willensbildung oder Entscheidung des Wahlberechtigten ersetzt oder verändert oder wenn ein Interessenkonflikt der Hilfsperson besteht (§ 14 Absatz 5 des Bundeswahlgesetzes).

Wer unbefugt wählt oder sonst ein unrichtiges Ergebnis einer Wahl herbeiführt oder das Ergebnis verfälscht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Unbefugt wählt auch, wer im Rahmen zulässiger Assistenz entgegen der Wahlentscheidung des Wahlberechtigten oder ohne eine geäußerte Wahlentscheidung des Wahlberechtigten eine Stimme abgibt. Der Versuch ist strafbar (§ 107a Absatz 1 und 3 des Strafgesetzbuches).

Dülmen, den 20.01.2025

Stadt Dülmen
Der Bürgermeister
gez. Hövekamp

27/25 – Sparkasse Westmünsterland

Aufgebot und Kraftloserklärungen von Sparerkunden der Sparkasse Westmünsterland

Aufgebot

Der Gläubiger der bei der Sparkasse Westmünsterland mit der Nr. 336932975 geführten Spareinlage beantragt das Aufgebot der hierüber ausgestellten Sparerkunde.

Die SPARKASSE WESTMÜNSTERLAND fordert den Inhaber der Urkunde auf, spätestens bis zum 20.03.2025 seine Rechte unter Vorlage der obigen Sparerkunde anzumelden.

Sollten bis zu diesem Termin keine Ansprüche geltend gemacht werden, wird die Urkunde für kraftlos erklärt.

Ahaus / Dülmen, den 20.01.2025

SPARKASSE WESTMÜNSTERLAND
gez. Der Vorstand

Kraftloserklärung

Die SPARKASSE WESTMÜNSTERLAND erklärt die Sparurkunde mit der Nummer 40509358 hiermit für kraftlos.

Ahaus / Dülmen, den 17.01.2025

SPARKASSE WESTMÜNSTERLAND
gez. Der Vorstand

Kraftloserklärung

Die SPARKASSE WESTMÜNSTERLAND erklärt die Sparurkunde mit der Nummer 40509366 hiermit für kraftlos.

Ahaus / Dülmen, den 17.01.2025

SPARKASSE WESTMÜNSTERLAND
gez. Der Vorstand

Kraftloserklärung

Die SPARKASSE WESTMÜNSTERLAND erklärt die Sparurkunde mit der Nummer 353089097 hiermit für kraftlos.

Ahaus / Dülmen, den 17.01.2025

SPARKASSE WESTMÜNSTERLAND
gez. Der Vorstand

Kraftloserklärung

Die SPARKASSE WESTMÜNSTERLAND erklärt die Sparurkunde mit der Nummer 345002711 hiermit für kraftlos.

Ahaus / Dülmen, den 17.01.2025

SPARKASSE WESTMÜNSTERLAND
gez. Der Vorstand

Kraftloserklärung

Die SPARKASSE WESTMÜNSTERLAND erklärt die Sparurkunde mit der Nummer 337344055 hiermit für kraftlos.

Ahaus / Dülmen, den 17.01.2025

SPARKASSE WESTMÜNSTERLAND
gez. Der Vorstand